

Herzlich willkommen! Ich werde etwa 30 Minuten lang sprechen, und danach werden wir eine Stunde lang eine lebhafte Diskussion führen.

Mir gefällt der Name dieser Konferenz sehr gut: „United In Radical Solidarity“ (Vereint in radikaler Solidarität). Solidarität bedeutet für mich, den Slogan der Wobblies (IWW) „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“ in die Tat umzusetzen. Wenn Solidarität sinnvoll sein soll, muss sie aktiv sein und darf nicht nur eine Haltung sein. Solidarität bedeutet die Bereitschaft, Risiken einzugehen, da die Machthaber aktive Solidarität bekämpfen und unterdrücken werden. Ohne diese Bereitschaft ist Solidarität begrenzt.

In diesem Vortrag berichte ich über mein globales Solidaritätsengagement, das bis in die 1960er Jahre zurückreicht – nicht, um mit Tugend zu prahlen, sondern um anhand konkreter historischer Beispiele aufzuzeigen, mit wem wir Solidarität zeigen sollten, um das Konzept der kritischen Unterstützung und der kritischen Solidarität zu entwickeln und verschiedene Formen und Taktiken der Solidarität zu untersuchen. Ich werde unterscheiden zwischen Fällen, in denen Solidarität mit Regierungen und Bewegungen, die von den Vereinigten Staaten angegriffen werden, angebracht ist, und Fällen, in denen nur eine anti-interventionistische Haltung angebracht ist. In diesem Fall gelten Solidarität und Unterstützung den Menschen und den progressiven Bewegungen des Landes, die den Imperialismus herausfordern und sich verteidigen. Meine Analyse erfolgt aus der Perspektive eines in den Vereinigten Staaten lebenden Menschen, obwohl ich mich auch als Weltbürger verstehe; meine Schlussfolgerungen sind insbesondere für diejenigen relevant, die im globalen Norden leben.

Globale Solidarität ist von strategischer Bedeutung für den Sturz des globalen Kapitalismus und die Schaffung einer Welt, in der Armut, Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung ein Ende finden und Herrschaft und Hierarchien überwunden werden – der zweite Teil des Titels dieser Konferenz. Globale Solidarität erschwert es, soziale Bewegungen zu isolieren und zu besiegen. Wir leben in einer global-kapitalistischen Welt, die zwischen und innerhalb der Länder von obszöner Ungleichheit geprägt ist. Transnationale Konzerne überschreiten mit ihren Waren und ihrem Kapital Grenzen auf der Suche nach maximalen Profiten. Gemeinschaften und Arbeitnehmer*innen werden in einem Wettlauf nach unten gegeneinander ausgespielt. Eine heute verbreitete Reaktion von Arbeitnehmer*innen, politischen Parteien und Regierungen ist der Ethnonationalismus, der Einwanderer*innen und andere Gesellschaften für eine Verschlechterung der Lebensbedingungen verantwortlich macht. Globale Solidarität ist ein Gegenmittel zu dieser reaktionären Politik. Darüber hinaus kann die Unterstützung revolutionärer Kämpfe das globale Kapital schwächen, indem sie dessen Fähigkeit zur Ausbeutung anderer einschränkt. Sie eröffnet die Möglichkeit eines transformativen Wandels in den Ländern derjenigen, die solidarisch handeln und von inspirierenden Herausforderungen erfahren. Globale Solidarität ist zudem ein moralisches Gebot. Ein Grundpfeiler der Linken sollte der gleiche Wert allen menschlichen Lebens sein. Dies impliziert eine besondere Verantwortung für diejenigen im globalen Norden. Bewegungen bleiben eher prinzipientreu und radikal, wenn strategische und moralische Anliegen miteinander verbunden werden.

Die 1960er Jahre und der Vietnamkrieg!

Meine wachsende und sich vertiefende Ablehnung des Vietnamkriegs ist ein wesentlicher Grund für mein lebenslanges Engagement und meine globale Solidarität. Zunächst dachte ich, die US-Aggression gegen Vietnam sei ein Fehler und dass ein paar Proteste und Leserbriefe den Krieg eines Landes beenden würden, von dem ich annahm, es unterstütze größtenteils die Demokratie. Ich engagierte mich 1967 stärker in studentischen und

stadtweiten Gruppen, die sich gegen den Krieg organisierten, und lernte mehr über die Geschichte der US-Interventionen sowie darüber, dass der Antikommunismus von den Machthabern genutzt wurde, um die Unterstützung für den US-Imperialismus aufrechtzuerhalten – ein für mich neues und wichtiges Konzept. Ich entwickelte eine fortwährende systemische antikapitalistische Analyse. Das ist ein Grund, warum ich mich mein ganzes Leben lang engagiert habe. Ich entwickelte mich von Schuldgefühlen wegen dessen, was mein Land in Vietnam anrichtete, hin zur Solidarität mit Vietnam und dem vietnamesischen Volk. Schuldgefühle sind manchmal ein erster Schritt hin zum Aktivismus, aber es ist wichtig, darüber hinauszugehen. Ebenso entwickelte ich mich in dieser Zeit von Schuldgefühlen, weil ich weiß war, hin zur Solidarität mit der Black-Freedom-Bewegung in den USA.

Eine wirksame Taktik, die ich 1967 bei meiner Mitarbeit in der Organisation „Vietnam Summer“ gelernt habe, bestand darin, auf Menschen zuzugehen und auf bestehenden Netzwerken aufzubauen. Wir gingen in verschiedenen Stadtvierteln von Boston von Tür zu Tür, und wenn die Menschen Verständnis zeigten oder offen für eine Anti-Vietnamkrieg-Perspektive waren – was damals bei den meisten nicht der Fall war –, baten wir sie, ihre Nachbarn zu sich nach Hause einzuladen, und wir kamen mit einer Diashow zurück, die die Lügen der Machthaber und die von den USA in Vietnam verursachten Zerstörungen aufzeigte. Wir diskutierten mit diesen kleinen Gruppen – meist etwa zehn Personen –, was sie konkret tun könnten, z. B. ihren lokalen Kongressabgeordneten aufzusuchen und den Rückzug der USA aus Vietnam zu fordern. Sie, nicht wir, schlugen die Aktion vor.

Eine Demonstration, die besonders in Erinnerung geblieben ist, war der Marsch im Oktober 1967 von Washington, D.C. zum Pentagon. Über 100.000 Menschen marschierten zum Pentagon; wir hatten eine Genehmigung bis 17 Uhr. Kurz vor fünf forderte uns der Bürger- und Menschenrechtsaktivist Dick Gregory auf, über fünf Uhr hinaus zu bleiben, und erklärte, dass Gerechtigkeit und die Beendigung des Krieges wichtiger seien als die Einhaltung der Gesetze. Etwa 10.000 von uns blieben. Es war die Demonstration, bei der Demonstranten – hauptsächlich Frauen – Blumen an die Bajonette der Militärpolizei steckten. Ich erinnere mich, dass die Militärpolizei uns angriff, nachdem die letzte Kamera der Medien gegen 21 Uhr verschwunden war. Aus dieser Aktion habe ich gelernt, der „New York Times“ keine Objektivität zuzugestehen, da sie am folgenden Montag auf ihrer Titelseite behauptete, die Demonstranten seien gewalttätig geworden, obwohl ich wusste, dass das eine Lüge war. Es ist wichtig, die Mainstream-Medien zu lesen und zu verfolgen, aber man muss sie kritisch betrachten.

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren gab es zwei große Antikriegskoalitionen. Die eine, angeführt von der trotzkistischen Socialist Worker's Party, die Mobe, vertrat eine, wie ich es nenne, antiinterventionistische Position und forderte den Rückzug der USA, unterstützte jedoch weder die Nationale Befreiungsfront (NLF) noch Nordvietnam. Die Koalition, der ich angehörte – sie trug verschiedene Namen, darunter „People's Coalition for Peace and Justice“ (PCPJ) –, befürwortete den vollständigen Rückzug der USA aus Vietnam, unterstützte die NLF und Nordvietnam und konzentrierte sich in unserem Widerstand auf alle Opfer des Krieges, insbesondere die Vietnamesen, und nicht nur auf US-Soldaten. Außerdem unterstützten wir den Befreiungskampf der Schwarzen und machten den Kampf gegen Rassismus zu einem zentralen Bestandteil unseres Programms. Die Mobe behauptete, sie wolle die breiteste Bewegung gegen den Krieg bilden, indem sie zu anderen Themen außer Vietnam keine Stellung bezog. Wir argumentierten in gemeinsamen Sitzungen, dass sie Schwarze und andere Menschen aus der Dritten Welt marginalisierten, indem sie keine prinzipielle Haltung einnahmen. (Damals wurde der Begriff „Dritte Welt“ für Menschen in den USA mit nicht-europäischem Hintergrund verwendet, die heute üblicherweise als „People of Color“ bezeichnet werden). Ein weiterer Unterschied bestand darin, dass wir über friedliche, legale Demonstrationen hinausgingen: Wir organisierten und mobilisierten auch für Aktionen, die den normalen Ablauf des Alltags

störten, wie zum Beispiel den Versuch, die Eingänge zu einem Labor am MIT zu blockieren, das Forschung für Waffen betrieb, die das US-Militär gegen Vietnam einsetzte, sowie den Versuch, Washington, D.C., im Mai 1971 lahmzulegen.

Ein weiteres Beispiel für direkte Aktionen war ein Protest von etwa 500 Menschen im Mai 1972. Wir hielten vorübergehend einen Zug an, der von Los Angeles nach San Diego fuhr, um dort in Vietnam anzulegen und US-Soldaten sowie deren Verbündete, die südvietnamesische Armee, mit Waffen zu versorgen. Einige von uns wurden von einer Grand Jury wegen Behinderung des Eisenbahnverkehrs angeklagt. Ich hätte eine weitaus längere Haftstrafe verbüßen müssen, doch es gab große Unterstützung für mich, darunter eine von Noam Chomsky initiierte Petition. Dies veranlasste den Richter, mich nicht erneut zu einer Haftstrafe zu verurteilen, sondern mir stattdessen eine strenge Bewährungsstrafe aufzuerlegen. Die Organisation zur Unterstützung politischer Gefangener sollte Teil unserer Aktionen sein. Sie mindert die Angst vor einer Inhaftierung, verringert die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung und einer langen Haftstrafe und sorgt dafür, dass wir weniger isoliert sind, falls wir inhaftiert werden.

Die Strategie, die direkte Aktionen oft rechtfertigt, ist die „Erhöhung der gesellschaftlichen Kosten“. Mit gesellschaftlichen Kosten meine ich nicht in erster Linie Kosten in Dollar, sondern den Verlust an Legitimität der Eliten, der sie dazu veranlasst, zumindest teilweise nachzugeben. Denn die gesellschaftlichen Kosten eines Nichtnachgebens beginnen, ihre Herrschaft zu bedrohen, und erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines systemischen Wandels. Die wachsende Unterstützung für einen revolutionären Wandel, insbesondere unter jungen Menschen – teilweise aufgrund ihrer Abscheu vor dem Vietnamkrieg –, erhöhte die gesellschaftlichen Kosten des Krieges ebenso wie die wachsende Unterstützung und Beteiligung an Aktionen, die das Funktionieren des Systems störten und damit einen Gesetzesbruch darstellten. Wenn Aktionen, einschließlich Sabotage, den Großteil der Bevölkerung vor den Kopf stoßen, erhöhen sie natürlich nicht die sozialen Kosten und geben dem Staat vielmehr mehr Macht, uns zu unterdrücken. Ironischerweise verlor der Vietnamkrieg im Laufe der Zeit immer mehr an Popularität, doch die Antikriegsbewegung gewann nicht an Popularität.

Als die Vereinigten Staaten am 30. April 1975 alle ihre Truppen aus Vietnam abzogen, feierten wir den Sieg des vietnamesischen Volkes und der revolutionären Kräfte sowie den vollständigen Rückzug der USA. Der Hauptgrund für diesen Sieg war die Beharrlichkeit des vietnamesischen Volkes, der Kommunistischen Partei und ihres Militärs, aber auch wir hatten unseren Beitrag geleistet. Eine Schwäche unserer Solidaritätsbewegung mit dem heldenhaften Kampf der Vietnamesen bestand jedoch darin, dass wir rasch an Bedeutung verloren und nach dem 30. April größtenteils keine Solidarität mehr zeigten, während die USA Vietnam weiterhin isolierten, damit es nicht zum Vorbild einer blühenden sozialistischen Gesellschaft werden konnte. Das ist ihnen gelungen.

Wenn wir uns mit Befreiungsbewegungen solidarisieren, die siegen, ist es notwendig, dass die konkrete Solidarität auch nach der Machtübernahme fortgesetzt wird. Dies würde die Fähigkeit der revolutionären Regierung stärken, den Bedürfnissen ihres Volkes gerecht zu werden, sich in sozialistischer Richtung zu entwickeln und anhaltende Versuche, sie zu untergraben und zu stürzen, abzuwehren.

Kritische Solidarität!

In den späten 1960er und 1970er Jahren solidarisierte sich ein Großteil der Neuen Linken, zu der ich gehörte, mit Vietnam und seinem heldenhaften Kampf gegen die Vereinigten Staaten sowie mit der siegreichen kubanischen Revolution. Für mich war dies im Rückblick nach 50 Jahren richtig. Es gab positive Alternativen für den Globalen Süden – eine umfassende Landreform, kostenlose medizinische Versorgung und Bildung, Vollbeschäftigung, die Subventionierung der Grundbedürfnisse sowie einen

antiimperialistischen Kurs. Obwohl viele von uns die kubanische Unterstützung der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei im Jahr 1968 kritisch sahen, war unsere allgemeine Unterstützung für Kuba eher unkritisch. Wir redeten uns ein, dass beide Länder demokratischer und weniger bürokratisch seien und dass die Arbeiter in diesen Gesellschaften mehr Macht hätten als in unseren eigenen. Das erinnert mich an viele Menschen heute, die Rojava und die Zapatisten idealisieren, die sicherlich Solidarität verdienen und positive Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus darstellen, aber diese Gemeinschaften und Regionen sind nicht so befreiend, wie sie idealisiert werden.

Ich plädiere für eine Haltung der kritischen Unterstützung, d. h. der kritischen Solidarität. Wir sollten das Selbstbestimmungsrecht respektieren und nicht verlangen, dass die von uns unterstützten Bewegungen genau unsere Positionen vertreten. Das bedeutet jedoch, dass Solidarität auf die Unterdrückten beschränkt sein sollte, nicht aber auf Organisationen oder politische Parteien, die die USA herausfordern, wenn ihre Politik nicht befreiend ist: wenn sie patriarchalisch oder sektiererisch gegenüber anderen Religionen oder Ethnien sind oder wenn ihr politisches Projekt nicht darauf abzielt, das Leben und die Macht der Volksklassen zu verbessern. Es ist wichtig, die tatsächliche Situation zu untersuchen und weder die negativ gefärbten Darstellungen unserer Massenmedien zu akzeptieren noch eine Gruppe unkritisch zu unterstützen, nur weil sie die Macht der USA herausfordert. Kritisch zu sein bedeutet nicht, Ausreden zu finden, um keine Solidarität zu zeigen. Je aktiver wir jedoch in Solidarität mit Befreiungsbewegungen und Regierungen stehen, die sich der Vorherrschaft und Intervention der USA widersetzen – wie beispielsweise Kuba –, desto mehr haben wir auch das Recht, Kritik zu üben.

In den 1980er Jahren, einer Zeit des Neoliberalismus und des Aufstiegs sowie der Herrschaft der Rechten in vielen Teilen der Welt, z. B. in Lateinamerika, gab es in den USA und darüber hinaus starke Solidaritätsbewegungen mit dem Anti-Apartheid-Kampf in Südafrika, mit der sandinistischen Regierung in Nicaragua sowie mit den revolutionären bewaffneten Kämpfen in Guatemala und El Salvador. In diesen Fällen ging ein Großteil des Aktivismus hier über bloße Intervention hinaus und umfasste auch Solidarität. Etwa 100.000 Solidaritätsaktivisten aus den USA reisten zwischen 1979, als die Sandinisten die Macht übernahmen, und 1990, als sie die Wahlen verloren, nach Nicaragua. Viele wollten eine Gesellschaft erleben, die sich gegen die von der CIA unterstützten Contras und die Subversion durch die USA wehrte – ein Kampf wie David gegen Goliath – und die offenbar einen Sozialismus entwickelte, der zugleich demokratisch war: die „Neue Linke“ kam an die Macht. Ich arbeitete 1988 für eines der sandinistischen Ministerien. Eine wichtige Solidaritätsgruppe für El Salvador, die 1980 gegründet wurde und bis heute besteht, ist CISPES, das Komitee zur Solidarität mit dem Volk von El Salvador. Es unterstützte die FMLN – die vereinte Gruppe, die dort gegen die von den USA unterstützten rechten Regierungen kämpfte – sowie die sozialen Bewegungen, darunter Gewerkschaften und Frauen, mit Informationsmaterial, Kundgebungen, Demonstrationen und materieller Hilfe. CISPES organisierte auch Besuche seiner Mitglieder in El Salvador, um sich dort mit mutigen Aktivisten zu treffen. Es arbeitete im Bündnis mit religiösen Gruppen zusammen, die sich gegen die US-Intervention aussprachen, ebenso wie die größte Solidaritätsorganisation für Nicaragua. Die Bewegung hier verhinderte eine US-Invasion, was ein Sieg war, obwohl sie den Schaden für diese Länder und die Ermordung vieler Aktivisten nicht verhindern konnte – ein wichtiger Faktor für die nicht-fortschrittliche Entwicklung dieser Gesellschaften seit den 1990er Jahren.

In Nicaragua in den 1970er Jahren sowie in El Salvador und Guatemala in den 1980er Jahren gab es mehrere Guerilla-Organisationen, die gegen ihre reaktionären, von den USA unterstützten Regierungen kämpften. Die Linke in diesen drei Fällen war vereint, wenn auch als separate Organisationen: die FSLN (Sandinisten) in Nicaragua, die FMLN in El Salvador und die UNRG in Guatemala. Solidaritätsgruppen in den USA unterstützten diese drei

Fronten und nicht einzelne Organisationen in diesen Ländern. Es ist falsch, wenn Solidaritätsgruppen eine Organisation zur Unterstützung auswählen, wenn es mehr als eine gibt, die Unterstützung verdient. Dann entscheiden wir, wen wir bevorzugen, anstatt die Menschen des Landes, die an einer revolutionären Bewegung beteiligt sind. In Südafrika zum Beispiel: Obwohl ich persönlich die Politik des ANC wegen ihrer Inklusivität und ihres sozialistischen Programms gegenüber dem Pan-African Congress bevorzugte, war ich der Meinung, dass wir mit beiden solidarisch sein sollten. Rückblickend glaube ich, dass wir die beiden wichtigsten Befreiungsbewegungen in Simbabwe, die ZAPU und die ZANU, kritisch hätten unterstützen sollen. In anderen antikolonialen Kämpfen im südlichen Afrika gab es Gruppen, die sich zwar für Entkolonialisierung und Befreiung einsetzten, aber von der CIA und dem südafrikanischen Geheimdienst unterstützt wurden und von diesen abhängig waren – sie waren konterrevolutionär. Wir müssen die Lage sorgfältig prüfen, bevor wir diese wichtigen Entscheidungen treffen.

Ein Kritikpunkt an unserem globalen Solidaritätsaktivismus lautet, dass wir uns in die Politik und die Kämpfe anderer Länder einmischen, was dem Vorgehen der US-Regierung ähnelt, und dass unsere Einmischung in anderen Ländern deren Recht auf Selbstbestimmung verletzt. Meine Antwort darauf lautet, dass unsere Handlungen völlig anders sind. Das Ziel der US-Intervention ist die kapitalistische Vorherrschaft der USA und richtet sich gegen die Interessen des Großteils der lokalen Bevölkerung – und es ist unsere Verantwortung, uns dem zu widersetzen. Dies unterscheidet sich von Solidaritätsgruppen an der Basis in den USA und anderen Ländern, die solidarisch handeln und Kämpfe gemeinsam mit und von lokalen Menschen und Organisationen gegen imperialistische und kapitalistische Vorherrschaft unterstützen.

Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass wir nur den US-Imperialismus kritisieren, es aber noch andere Imperialisten gebe, z. B. die Sowjetunion oder das heutige Russland. Es gibt zwar noch andere, doch ich halte den US-Imperialismus nach wie vor für den wichtigsten und zerstörerischsten. Noch wichtiger ist, dass US-Bürger besser in der Lage sind, in dem Land, in dem sie leben, etwas zu bewirken als in einem anderen Land, und dass wir eine besondere Verantwortung tragen, da dies in unserem Namen von unserer Regierung getan wird. Ich erinnere mich, dass bei einem meiner Besuche in Nicaragua in den 1980er Jahren bei einer Kundgebung dort ein Redner sagte, die US-Regierung sei ihr Feind, nicht das amerikanische Volk, das sie als Freunde betrachteten. Sie baten mich, das Wort zu ergreifen, und ich sagte: „Danke“, und dass es unsere Verantwortung sei, die Menschen in den USA in ihren Ansichten und Handlungen noch stärker von denen der US-Regierung und der Konzerne abzugrenzen.

Anti-Intervention und Solidarität mit wem?

Es war richtig, sich gegen die US-Kriege in Afghanistan und im Irak zu stellen, aber die meisten, die gegen die US-Besatzung kämpften, verdienten keine Solidarität. Solidarität sollte den Bewegungen, Parteien und Regierungen gelten, die sich nicht nur gegen die USA stellen, sondern deren Ziel eine befreite und gerechte Gesellschaft ist. Das machte es schwierig, eine starke Anti-Interventions- und Antikriegsbewegung aufzubauen, auch wenn Antikriegsaktivismus notwendig war. Es fehlte an der Inspiration und Energie, die Solidaritätsaktivisten in die Kämpfe gegen den Vietnamkrieg, in Mittelamerika und gegen die Apartheid eingebracht hatten.

Seit den 1970er Jahren engagiere ich mich aktiv für die palästinensische Selbstbestimmung und in Solidarität mit palästinensischen marxistischen Gruppen, unterstütze ein Waffenembargo gegen Israel und seit 2005 die BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestition, Sanktionen). Die Solidarität mit Palästina ist seit Oktober 2023 ein wesentlicher Bestandteil meines Engagements und des Engagements vieler Menschen, mit denen ich

zusammenarbeite. Die Solidaritätsbewegung mit Palästina hat dazu beigetragen, dass die Unterstützung für Israel in der Bevölkerung und zunehmend auch im US-Kongress abnimmt, obwohl sich die US-Politik nicht geändert hat – die Unterstützung für Israels Völkermordkrieg gegen den Gazastreifen und die ethnische Säuberung des Westjordanlands geht weiter. Der Widerstand gegen die US-Unterstützung Israels sollte Teil jeder progressiven Gruppe in den Vereinigten Staaten sein; es ist eine entscheidende moralische Frage unserer Zeit. Ebenfalls unserer Solidarität würdig ist die Unterstützung des Rechts auf bewaffneten palästinensischen Widerstand. Für mich bedeutet dies, die Hamas, den Islamischen Dschihad und andere Gruppen in ihrem Widerstand gegen die israelische Besatzung zu unterstützen. Das bedeutet jedoch keine Solidarität mit der Hamas und anderen Organisationen, deren Vision nicht auf Befreiung ausgerichtet ist. Ich unterscheide zwischen der Unterstützung des palästinensischen Widerstands, in dem die Hamas die Hauptrolle spielt, und der gezielten Unterstützung der Hamas als revolutionäre Organisation. Die Hamas hat das Recht, mit Waffen gegen die israelische Besatzung und die anhaltende Blockade zu kämpfen, doch ihre Ideologie und Politik sind prokapitalistisch und patriarchalisch.

In unserem Aktivismus, wenn wir über Palästina sprechen und schreiben, sollte unser Fokus darauf liegen, die schreckliche Rolle der USA zu beenden, und nicht auf den Unzulänglichkeiten der Hamas, angesichts der ohnehin schon bestehenden öffentlichen Vorurteile gegenüber dem bewaffneten palästinensischen Widerstand. Das bedeutete, die Gründe für den Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zu verstehen und ihn öffentlich weder zu verurteilen noch zu unterstützen. Das war die Position von „Palestine Action of South Sound“, der Gruppe, in der ich aktiv mitgewirkt habe.

Debatte darüber, wie man sich dem Krieg gegen den Iran widersetzen kann!

Ich möchte mit einer kurzen Analyse des aktuellen Krieges der USA und Israels gegen den Iran schließen, der zuletzt mit ihrem mörderischen Angriff auf den Iran am 28. Februar begann. Ich werde kurz zwei wichtige Positionen innerhalb der Linken vorstellen, die sich beide entschieden gegen die anhaltende US-Aggression aussprechen. Diese Positionen wurden in einem Brief an den „Guardian“ vom 20. August 2026 konkretisiert. „Offener Brief an die politischen Gefangenen im Iran, die ‚zwischen zwei Klingen einer Schere‘ gefangen sind“. Er wurde von mehreren bekannten linken Aktivisten und Autoren unterzeichnet, von denen einige selbst politische Gefangene waren und andere sich in ihren Schriften für politische Gefangene und die Abschaffung des Strafvollzugs eingesetzt haben, darunter Angela Davis, Mumia Abu-Jamal und Walden Bello.

Die erste Position, die ich unterstütze, lehnt nicht nur den Krieg und die Sanktionen der USA und Israels gegen den Iran gänzlich ab, sondern fordert auch die Unterstützung iranischer politischer Gefangener. Die zweite Position fordert eine Antikriegsbewegung, die keinerlei Kritik an der herrschenden Klasse im Iran oder an der dortigen Unterdrückung übt; dass sich unsere Position auf die Aufgabe beschränken sollte, den Krieg und die Sanktionen gegen den Iran zu beenden. Die Debatte in den sozialen Medien war sehr hitzig.

Im Großen und Ganzen sind sich beide Seiten einig, dass der Iran eine repressive, frauenfeindliche, kapitalistische Gesellschaft ist. Ich bin der Ansicht, dass unsere Hauptaufgabe zwar darin besteht, den Krieg der USA und Israels gegen den Iran zu beenden, wir aber auch die politischen Gefangenen im Iran unterstützen und von der Regierung fordern sollten, die zahlreichen Hinrichtungen zu beenden – die pro Kopf die höchsten weltweit sind. Wir vertreten eine entschiedene anti-interventionistische Position, die Solidarität mit den politischen Gefangenen im Iran, nicht aber mit dem iranischen Staat zum Ausdruck bringt. Erschwerend kommt hinzu, dass der Iran einen heldenhaften und brillanten Verteidigungskrieg gegen die Vereinigten Staaten führt, den die USA verlieren. Ich

plädiere für Reformen im Iran und für die Unterstützung der dort Angegriffenen, spreche mich jedoch gegen den Sturz der iranischen Regierung aus, solange der Krieg andauert. Wenn der Krieg endet und die USA hoffentlich besiegt sind, liegt es am iranischen Volk, über seine Zukunft zu entscheiden.

Die meisten derjenigen, die die zweite Position vertreten, nämlich keine Kritik am Iran zu üben, unterstützen weder den iranischen Staat noch dessen Politik. Sie wissen, dass dieser im Inneren nicht fortschrittlich ist. Aber sie glauben, dass Kritik am Iran die Unterstützung für den iranischen Widerstand in den USA und weltweit schwächt, die Seite der US-Aggression stärkt und die Unterstützung für die Antikriegsbewegung schwächt. Sie behaupten, dass die meisten Menschen nicht gleichzeitig zwei Wahrheiten vertreten können: Kritik am Iran im Inneren und gleichzeitig die Unterstützung seines Verteidigungskriegs gegen die USA und Israel. Oft wird aus dieser Perspektive Politik auf Geopolitik reduziert, und nur die eigene internationale Haltung zählt: Steht man auf der Seite der USA oder nicht? Dies leugnet die Subjektivität der Iraner und behauptet oft, die interne Opposition werde von israelischen oder US-amerikanischen Geheimdiensten getäuscht oder sei ein Unterstützer der USA. Zwar sind US-amerikanische und israelische Geheimdienste an subversiven Aktivitäten beteiligt, doch wird dadurch die Bedeutung der großen Proteste und der massiven Beteiligung gegen die iranische Regierung im Jahr 2023 – die „Frauen, Leben, Freiheit“-Proteste – sowie die massiven Proteste im Dezember und Januar 2026 gegen die wirtschaftliche Lage.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den 1960er und 1970er Jahren der zentrale revolutionäre Kampf aus anti-US-imperialistischen nationalen Befreiungskämpfen bestand und aus Gesellschaften im globalen Süden, die versuchten, den Sozialismus aufzubauen, z. B. Chile in den 1960er und frühen 1970er Jahren sowie Kuba nach 1959. Die Solidarität mit diesen Kämpfen und Gesellschaften war für diejenigen, die eine sozialistische Welt anstrebten, kein Problem, auch wenn es eine kritische Solidarität hätte sein sollen. Heute sind diejenigen, die sich am aktivsten gegen die Vorherrschaft der USA und des Imperialismus wehren, oft weder antikapitalistisch noch auf Befreiung ausgerichtet. In diesen Fällen sollten wir uns gegen Interventionen der USA und von den USA angeführte Interventionen stellen, nicht nur gegen Angriffskriege und verdeckte Interventionen, sondern auch gegen wirtschaftliche Vorherrschaft. Wirtschaftliche Dominanz umfasst den Einsatz der Macht der USA zur Förderung der Interessen multinationaler Konzerne, oft aus den USA. Dies geschieht durch die Vergabe hochverzinslicher Kredite und die Forderung nach Privatisierung sowie niedrigen Unternehmenssteuern; die USA und das globale Kapital unterstützen neoliberale Regierungen im globalen Süden und die damit verbundene Ausbeutung der Arbeitskräfte durch Konzerne sowie die umweltschädliche Gewinnung natürlicher Ressourcen zu niedrigen Preisen. Unsere Solidarität sollte sich auf soziale Bewegungen, Organisationen und Menschen richten, die sich für Gerechtigkeit, Befreiung und Sozialismus einsetzen.

Savvina Chowdhury, eine Freundin und Dozentin für politische Ökonomie am Evergreen State College, wird einige Anmerkungen zu diesem Vortrag machen und mir einige Fragen dazu stellen; anschließend werde ich die Diskussion für alle eröffnen, um in der verbleibenden Zeit über die beiden Positionen zum Krieg gegen den Iran, zur globalen Solidarität und insbesondere zu allen Punkten zu sprechen, die ich in diesem Vortrag angesprochen habe.

Si se puede!
Vielen Dank!